

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,52 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M., die Kastenzeile für auswärts 2,50 R.-M. abzüglich 5%. Die Zeitungspreise für Zustellungsgebiete betragen 0,30 R.-M. — Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Postboten im Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezugs für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühren). Streifenabonnenten: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ostverteiler Sammelnnummer 24601, Fernverteiler 14194, 20024, 27951—27953 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Redaktion: Dittoriastraße 4 a; Fernruf: Kurkurs 9361—9366
Postfach: Dresden 2060 • Nichtverlangte Einblendungen ohne Adressen werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 269 41. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Freitag, 17. November 1933

Wichtige Verhandlungen mit Polen

Beiderseitiger Verzicht auf Gewaltanwendung vereinbart — Vor einer Schwärzung der englischen Abrüstungspolitik?
Eine Gnadenaktion in Deutschland

SOS-Ruf aus Genf

Aus Genf kommt ein SOS-Ruf! Bekanntlich stehen dort seit dem Weggang Deutschlands alle Verhandlungen. Worüber soll noch verhandelt werden, wenn die Höhe der deutschen Delegation leer liegen, wenn Italien sich lediglich als Beobachter fügen, wenn Amerikas Hauptdelegation nach Washington zurückbeordert wurde und wenn sich — eine Tatsache, die in allen Betrachtungen über die Genfer Situation nicht zu wenig berücksichtigt wird — Japan überhaupt nicht mehr um das Tun und Lassen der Genfer Institution kümmert?

Die Stimmung war in Genf in den letzten Tagen entsprechend gedreht und pessimistisch. Genderson ließ immer deutlicher durchblicken, daß er, wenn nicht bald eine entscheidende Wendung eintritt, seinen Posten als Präsident dieser Konferenz, die nicht leben und nicht sterben kann, aufgeben würde. Am Mittwoch fand nunmehr eine Besprechung der Berichterstatter im Büro Gendersons statt, in der beschlossen wurde, an die Regierungen der einzelnen Länder, die an der Konferenz teilnehmen, zu schreiben, in dem sie auf die schwierige Lage aufmerksam gemacht und in Kenntnis gesetzt werden, daß die Berichterstatter den ihnen gestellten Auftrag nicht erfüllen könnten, wenn nicht die Führer der Delegationen oder ihre bevollmächtigten Vertreter nach Genf zurückkehren.

Wir glauben, daß dieser Aufruf des untergeordneten Konferenzschiekes kaum großen Erfolg haben wird. In Washington stellt man sich immer mehr auf den Standpunkt, daß es erst dann Zweck habe, wieder an den Konferenzsitz zurückzukehren, wenn eine Einigung der europäischen Mächte untereinander erfolgt ist. In Rom ist man, wie bekannt, seit langem der Ansicht, daß alle Verhandlungen in dem großen

Genfer Kreis völlig nutzlos sind, die dem Abrüstungsdenken eher schaden als nützen. Und diese Auffassung hat sich in England, wie auch — das zeigt der Verlauf der letzten Kammerdebatte — in Frankreich wenigstens einigermaßen durchgesetzt. Überall sucht man nach neuen Methoden.

Der Standpunkt der französischen Regierung kann kurz auf folgenden Nenner gebracht werden: Frankreich ist zu Sonderbesprechungen mit Deutschland auf dem üblichen diplomatischen Wege bereit, falls Deutschland die entsprechenden Vorschläge macht. Demgegenüber muß immer wieder betont werden, daß es nicht an Deutschland ist, neue Vorschläge zu machen oder Initiativen zu ergreifen. Deutschland befindet sich in der Rolle des Gläubigers auf dem Gebiete der Abrüstung und sieht den Vorschlägen der übrigen Mächte entgegen, wie sie sich die Erfüllung ihres Abrüstungsvertrages denken.

In wahren englischen Regierungskreisen scheint sich ebenfalls ein ganz beträchtlicher Umschwung der Außenpolitik vorzubereiten. Das Ergebnis des gestrigen Kabinettsrates, wie es unser Londoner A.-Korrespondent schildert, liegt in der Erkenntnis und dem Bekenntnis, daß die Politik Sir John Simons nicht ohne Schuld an Deutschlands entscheidenden Entschlüssen ist, und daß man unter allen Umständen wieder mit Deutschland zu Verhandlungen kommen muß. Ganz gleichgültig, ob in Genf oder in einem andern Rahmen. Die nächsten Tage werden also wahrscheinlich einen ausgedehnten internationalen Gedankenanstausch sehen, dessen Ergebnisse natürlich heute noch nicht vorausgesetzt werden können. Man wird verhandeln, aber ganz sicherlich nicht in Genf, sondern außerhalb des Rahmens der Genfer Institution.

Der polnische Gesandte bei Hitler

Ein neuer Beweis der Friedensliebe Deutschlands

Bericht unserer Berliner Redaktion

P. Berlin, 16. November

Im Mittelpunkt des Interesses steht der gestrige Besuch des polnischen Gesandten beim Reichskanzler. Ueber diesen Besuch wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

„Der Reichskanzler empfing gestern vormittag im Gegenwart des Reichsaußenministers den polnischen Gesandten, der ihm seinen Antrittsbesuch machte. Die Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen ergab volle Uebereinstimmung beider Regierungen in der Absicht, die die beiden Länder verbindenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und ferner zur Festlegung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten.“

Dieses amtliche Communiqué, vor allem sein letzter Satz über den Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt, hat natürlich in der gesamten Welt den größten Eindruck gemacht. In Berliner Kreisen begrüßt man die im Zuge der allgemeinen deutschen Friedenspolitik liegende deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung außerordentlich. Der herrschende Eindruck ist, daß hier durch eine unmittelbare Aussprache und anschließende Verständigung

wirkliche Friedensarbeit geleistet werden kann.

Man kann jedenfalls nur wünschen, daß die beiderseitige Gewaltverzichtserklärung zur weiteren Vertiefung in den deutsch-polnischen Beziehungen beiträgt, wie es ja ihr Sinn ist. Eine gewisse Skepsis möge man in Warschau vielleicht zunächst insofern nicht verüben, als wir in den vergangenen Jahren mit den Verpflichtungen nachgeordneter polnischer Behörden gerade keine günstigen Erfahrungen gemacht haben. Je mehr die polnische Regierung dafür sorgt, daß die zur letzten Instanz in der polnischen Provinz und besonders an der Grenze der Welt dieser Gewaltverzichtserklärung am schärfsten, um so mehr wird die günstige Auswirkung dieser deutsch-polnischen Verständigung sichtbar werden.

Die Vorgeschichte

Das heute veröffentlichte Communiqué über die Unterredung, die der neue polnische Gesandte Pipli mit dem Reichskanzler hatte, ist immer deutlicher, welche außerordentlich politische Bedeutung die Besprechungen an sich, die der Vorgänger des Herrn Pipli in den ersten Tagen des Mai mit Adolf Hitler hatte. Es erregte damals berechtigtes Aufsehen, daß der Reichskanzler verhältnismäßig kurze Zeit nach dem Amtsantritt der nationalen Regie-

rung den Gesandten der polnischen Republik kurz hintereinander zweimal empfing. Die Weltmeinung wurde damals vor allem durch die

Rede, die Adolf Hitler am 17. Mai im Reichstags hielt,

auf den Inhalt dieser Besprechungen aufmerksam. Bei diesen diplomatischen Unterhandlungen hatte man sich zunächst einmal darum bemüht, eine neue Grundlage für den Aufbau der deutsch-polnischen Beziehungen zu finden und war dabei, was ja durchaus in der Linie der nationalsozialistischen Auffassung vom Staat liegt, vom Volkstum ausgegangen. Der Kanzler hatte dann in seiner Reichstagsrede erklärt, daß ein Volk wie das deutsche, das im Begriffe sei, auf volklicher Grundlage seinen Staat neu aufzubauen,

durchaus Verständnis für die volklichen Grundlagen des neuen Polen habe.

Diese Erklärungen verklärten ihre Wirkung in Warschau nicht. So lag aber noch ein großes Hindernis zwischen Warschau und Berlin: die Beziehungen zwischen Polen und der freien Stadt Danzig. In jener Zeit wurde die freie Stadt noch von einer Koalition aus verschiedenen Parteien regiert, die eine unklare und unklare Außenpolitik trieb. Erst die Neuwahl in Danzig, durch die der Nationalsozialist Hanshin zum Senatpräsidenten gewählt wurde, führte zu einer Klärung der Danziger außenpolitischen Aktivität. So geschah es denn auch, daß

wenige Wochen nach dem Antritt der Regierung Hanshin direkte Verhandlungen zwischen Danzig und Polen eröffnet

wurden, in denen man, von einer neuen Grundlage ausgehend, den Versuch unternahm, die langjährigen Streitigkeiten zu überwinden. Vor allem nahm man das schwierige Problem der Konkurrenz zwischen dem Hafen Gdingen und dem Hafen von Danzig mit Energie in Angriff und gelangte schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu

wertvollen Teilergebnissen.

Es kam eine Art von Garantievereinbarung zustande, der den Verkehr und Warenumsatz des Danziger Hafens bis zu einem gewissen Grade sicherte. Die Verhandlungen sind aber keineswegs abgeschlossen und werden sich noch auf eine Reihe von weiteren Fragen erstrecken müssen, ehe das Verhältnis zwischen der freien Stadt und Polen endgültig geklärt sein wird. Aber sie zeigen doch eine höchst erfreuliche Tendenz. Das neue Abkommen zwischen Deutschland und Polen wird hoffentlich wesentlich dazu beitragen, diese Entwicklung zu beschleunigen.

Die Auffassung in Warschau

wid. Warschau, 16. November. (Durch Funkdruck.) Das von deutscher Seite über die Unterredung zwischen Reichskanzler Adolf Hitler und dem polnischen Gesandten in Berlin, Pipli, herausgegebene Communiqué wird von der offiziellen „Wojacka Polska“ folgendermaßen kommentiert: „Ein wichtiges Ereignis ist eingetreten. Die Wichtigkeit dieses Aktes erahnt sich besonders aus der Tatsache, daß die Weltmeinung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einen dramatischen Umschwung erlebt hat, aus dem sich unermessliche Vermittlungen ergeben können. Die Nichtangriffserklärung ist eine feierliche Erklärung über die Parteien, keinesfalls aber eine Vermittlung, herauszufordern zu wollen. Der Verzicht auf Gewaltanwendung zwischen Danzig und der freien Stadt von großer Bedeutung. Der Vorkonflikt entfällt die gegenseitige Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Frankreich, die gestrige Erklärung enthält eine solche zwischen Deutschland und Polen. Eine der hauptsächlichsten Säulen des Vorkonfliktes ist gestern außer Acht gelassen worden.“

Die Bedeutung des Aktes vom 16. November für den Frieden der Welt ist nicht zu leugnen. Je mehr die deutsche Praxis in den Beziehungen der beiden Länder, je mehr die zeitliche Einhellung der Waffen, denen der gestrige Akt den Frieden zu sichern wünscht, dem Verständnis und dem Geist dieses dem Frieden bevorstehenden, die

nenden Uebereinkommens, wie es die Nichtangriffserklärung darstellt, entspricht, um so bedeutungsvoller wird dieser Akt für die Wiederherstellung der Sicherheit und des Vertrauens in Europa und außerhalb Europas sein. Die Erklärung des Kanzlers im Mai muß als erster Schritt in dieser Richtung betrachtet werden, in der die Nichtangriffserklärung der nächste und bestimmtere Schritt ist.“

Größte Ueberrastung in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 16. November

Die Verständigung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung, die gestern in Berlin nach der Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem polnischen Gesandten erfolgte, hat in Paris das höchste Aufsehen erregt. „Deutschland und Polen sind sich also endlich direkt miteinander verbunden!“ meinte das „Welt Journal“ und hebt damit den ersten und stärksten Eindruck hervor, den man in Paris von dieser Nachricht erhalten hat. „Ein Ereignis von allerhöchster Bedeutung“, erklärt der „Welt Parisien“, der übrigens zu wissen glaubt, daß ähnliche Verhandlungen auch schon mit der Tschechoslowakei im Gange seien. In einer Tagesausgabe wird die Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Frühjahr hervorgehoben und weiter erklärt, ein Erfolg der deutsch-polnischen Verhandlungen würde eine der stärksten Friedensgarantien in Europa sein.

„Es muß endlich etwas geschehen“

Das Ergebnis des englischen Ministerrates — Diplomatische Besprechungen im Rahmen des Viererpaktes?

Telegramm unserer Korrespondenten

A. London, 16. November

Man sieht jetzt endlich in London, daß es in der gegenwärtigen Situation unmöglich ist, sich weiter von den Dingen treiben zu lassen und ohne eigene Initiative eine Politik zu treiben, die nicht über die tatsächlichen Schwerepunkte des nächsten Tages hinausreicht. In zwei außerordentlich langen Sitzungen, deren letzte sich bis gegen Mitternacht hinzieht, hat die englische Regierung sich gestern eingehend mit der gegenwärtigen reich verzweigten Situation auf der Abrüstungskonferenz befaßt und ist, wie übereinstimmend die Morgenblätter zu berichten wissen, zu dem Entschluß gekommen, daß alle Anstrengungen darauf gerichtet werden müssen,

endlich Mittel und Wege zu finden, um den gegenwärtigen toten Punkt zu überwinden.

Es ist bezeichnend, daß die von Sir John Simon vertretene Politik heute allseitig aufs härteste kritisiert wird. Der gestrige Leitartikel der „Times“ wird in vollstimmiger unterzeichneten Kreise als bester Hinweis gegen Simon gewertet, insbesondere der Satz, daß im letzten Augenblick die britische Delegation in Genf sich völlig auf die Seite Frankreichs geschlagen habe und daß dies der entscheidende Anstoß für Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und sein Verlassen der Abrüstungskonferenz gewesen sei. „Daily Mail“ drückt diesen Gedanken heute noch viel schärfer aus, in dem sie schreibt, daß das englische Kurzwort „It is a matter of time“ (Es ist eine Frage der Zeit) die Verantwortung für den deutschen Schritt trägt. Verträge, die auch gestern wieder von einem bevorstehenden Austritt Sir John Simons wiffen wollten, werden heute morgen vom „Daily Telegraph“ bemerkt.

Es muß endlich etwas geschehen. Das ist heute die Grundforderung der nächsten Woche.

Die gegenwärtige Kaltensofalet muß so schnell wie möglich zu Ende geführt werden, heißt es in den „Times“. Die gegenwärtige Situation, in der Deutschland außerhalb der Abrüstungskonferenz und außerhalb des Völkerbundes steht, ist so beunruhigend, daß alles getan werden muß, um diesen Zustand ab-

zuschaffen“, schreibt „Daily Telegraph“. Es scheint, daß gestern sowohl Woodrow Wilson wie Sir John Simon erklärt haben, daß man unbedingt wieder mit Deutschland an einen Verhandlungstisch kommen müsse. Die „Times“ teilen weiterhin auch mit, daß es ursprünglich die Absicht des Kabinetts gewesen sei, mit einer großen Erklärung vor die Öffentlichkeit zu treten, in der man sich dazu bekennt, daß die Abrüstungskonferenz gerettet und das Verbot des Völkerbundes wiederhergestellt werden müsse. Man habe aber von dieser öffentlichen Erklärung Abstand genommen, weil man alles vermeiden wolle, was irgendwo in Frankreich und Italien Mißbilligung erregen könnte. In der gestrigen ersten Kabinettsitzung, die am Vormittag stattfand, wurde beschlossen, daß Sir John Simon bereits morgen nach Paris abreisen solle. Im letzten Augenblick, kurz vor Mitternacht, hat man aber diesen Befehl wieder umgestoßen, und eine neue Entscheidung über Simons Pariser Reise steht aus. Hier besteht die Auffassung, daß bereits in den nächsten Tagen

diplomatische Besprechungen wahrscheinlich im Rahmen des Viererpaktes in einer der großen europäischen Hauptstädte

stattfinden dürften. Man wird in der Annahme nicht fehlerhaft sein, daß die englisch-französischen Besprechungen, die vielleicht Ende der Woche stattfinden, dazu dienen, die französische Regierung mit der veränderten Haltung des englischen Kabinetts in der Abrüstungsfrage bekannt zu machen. Wenn „Daily Telegraph“ heute morgen schreibt, daß es notwendig sei — und diese Meinung wird auch in verschiedenen englischen Kreisen heute geteilt — um Deutschland wieder in den Rat der Völker zurückzuführen, ist im Augenblick zu machen.

So dürfte der Meinungsaustrausch zwischen Paris und London über die im Zusammenhang dieser Zusammenkünfte

Die jüngsten deutsch-polnischen Besprechungen in Berlin werden von London als weiteres günstiges Augenmerk für eine Klärung der Situation betrachtet.